

Förderung der Zivilgesellschaft in Belarus nach dem 11. September 2001

Björn Kunter

Die Frage nach Veränderungen der zivilgesellschaftlichen Entwicklung in Belarus (Weißrussland) nach dem 11. September 2001 lässt sich nicht einfach beantworten. Einerseits war Belarus nie ein Schwerpunkt des Globalen Kriegs gegen den Terror. Andererseits verstärkte der Demokratisierungs-Drive des Präsidenten der USA, George W. Bush und seiner Außenministerin, Condoleeza Rice, die fatale Tendenz der Förderung eines Machtwechsels in Belarus. Zahlreiche Nichtregierungsorganisationen gerieten unter den Verdacht des »Umstürzertums«, Gesetze zur stärkeren Kontrolle des Geldflusses und strafrechtlichen Verfolgung von unabhängigen Organisationen wurden erlassen, in deren Folge der Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft in Belarus auch heute, trotz oberflächlicher Entspannung weiterhin eingeschränkt wird.

Am 5. September 2001 ließ sich Alexander Lukaschenko per gefälschter Wahlen als Präsident von Belarus bestätigen. Bereits damals hatten Opposition und internationale Gemeinschaft über zehntausend lokale Wahlbeobachter/innen ausgebildet, um die Fälschungen dokumentieren und faire Neuwahlen erzwingen zu können. Trotzdem gelang es 2001 nicht, einen Machtwechsel herbeizuführen, da die lokale Opposition nicht in der Lage war, die belarussische Bevölkerung auf die Straße zu bringen. Zugleich war die Aufmerksamkeit und Unterstützung der internationalen Gemeinschaft nur 6 Tage später vollkommen mit den Anschlägen des 11. Septembers absorbiert. Lukaschenko konnte sich insofern als Nutznießer der Terroranschläge sehen.

Doch in den folgenden Jahren wuchs die Nervosität, als in Serbien (2000), Georgien (2003), der Ukraine (2004) und Kirgisien (2005) »farbige Revolutionen« zu Machtwechseln führten und immer deutlicher wurde, dass auch in Belarus entsprechende Vorbereitungen getroffen wurden. Die farbigen Revolutionen als Resultat lokaler Unzufriedenheit und gelungenen lokalen Organisationstalents sind uneingeschränkt zu begrüßen. Problematisch war jedoch, dass nun sowohl von der obersten Politikebene der USA (vor allem durch die Sowjetunion-Expertin Condoleeza Rice, die im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen von 2006 demonstrativ den Kontakt mit belarussischen Oppositionellen suchte), als auch von ausländischen Demokratieförderern der Druck auf die belarussische Opposition stieg, Ähnliches auch dort auf die Beine zu stellen.

Entsprechend großzügig war die finanzielle Unterstützung, die neben den Oppositionsparteien auch zivilgesellschaftlichen Gruppen zufließte. Die Verfahren der ausländischen Finanzierung verstärkten jedoch einige zentrale Schwachstellen der belarussischen Opposition, die schon vorher unter einem massiven Vertrauensverlust in der Bevölkerung litt.

Die Pseudo-Opposition (1)

Seit seinem Machtantritt hat Alexander Lukaschenko Belarus in eine Diktatur verwandelt. Schritt für Schritt wurden alle politisch relevanten Bereiche der Gesellschaft der Kontrolle des Regimes unterworfen. Nach der Gleichschaltung des Staatsapparats, dem verfassungswidrigen Referendum von 1996 und der Einführung der präsidentialen Vertikale wurden nichtstaatliche Organisationen entweder von staatlichen Institutionen übernommen oder in unbedeutende Nischen abgedrängt. Dabei greift der Staat nur in den seltensten Fällen auf offene Verbote zurück. Unbequeme NGOs werden mit formalen Begründungen aufgelöst, Zeitungen durch Verleumdungsklagen in den Bankrott getrieben, Verbände gleichgeschaltet. (2) Wer sich diesem Druck nicht beugt, muss mit Entlassungen, Kriminalisierung und Gefängnisstrafen rechnen. Dagegen scheinen grobschlächtige Formen des Terrors und der Ausschaltung kritischer Stimmen wie 1999 und 2000, als mehrere Angehörige der Opposition beseitigt wurden oder unter ominösen Umständen ums Leben kamen, nicht mehr angewendet zu werden.

In diesem politischen Umfeld kann ausländische Hilfe immer nur ein Versuch sein, staatlichen Druck auszugleichen und faire Bedingungen herzustellen. Ein Grundproblem der belarussischen Opposition ist jedoch ihre Abhängigkeit von ausländischen Geldgebern. Im Gegensatz zur Ukraine, in der Oligarchen eine aktive Rolle in der Politik spielen, Parteien und Medien unterstützen, spielen einheimische Finanziere in Belarus kaum eine Rolle. So kann der einzige relevante belarussische Finanzier, der Unternehmer Vasilij Leonov, vielleicht einige hunderttausend Euro in oppositionelle Tätigkeiten investieren, während die USA mit dem »Belarus Democracy Act« zweistellige Millionenbeträge zur Unterstützung bereitstellen. (3) Auch wenn davon ein Großteil in ausländischen Händen verblieb und der Rest weit gestreut wurde, dürften während des Wahlkampfes um die Präsidentschaft noch etliche Millionen Dollar direkt bei den Parteien der belarussischen Koalition »10 Plus« zur Unterstützung von Alexander Lukaschenkos Gegenkandidaten Alexander Milinkevitsch gelandet sein. Auch der andere Kandidat, Alexander Kosulin, konnte kaum belarussische Mittel einwerben.

Die daraus resultierende Abhängigkeit der Opposition ist existenziell, insbesondere da der Kreis von Geldgebern für politische Parteien und Bewegungen im Vergleich zu Nichtregierungsorganisationen relativ klein ist. Eine Handvoll US-amerikanischer Stiftungen unter Koordination der United States Agency for international Development (USAID) – ergänzt nur durch kleinere Beträge europäischer Regierungen – dominieren den Markt. Bei dieser Dominanz ist die Gefahr groß, dass Anregungen der Geldgeber als Befehle missverstanden werden oder die ausländischen Akteure die Strategie der Opposition diktieren können.

So lässt sich heute nicht mehr nachvollziehen, von wem die Idee einer vereinigten Opposition gegen Lukaschenko ursprünglich ausging. Doch war deutlich zu erkennen, dass USAID andere Aktivitäten nicht unterstützt hätte, ein Ausscheren aus der Koalition für die jeweilige Gruppe also den Zugang zu den wichtigsten Ressourcen verschließen würde. Gefährlicher noch als eine mögliche Dominanz der Ausländer bei der Entwicklung der Oppositionsstrategie ist jedoch, dass das politische Schicksal der Oppositionspolitiker/innen weniger von ihrer Anerkennung in der Bevölkerung als vom Eindruck beim Geldgeber abhängt. Da die Geldgeber zudem die Arbeit der Opposition nur schlecht kontrollieren können, ist in den letzten Jahren der Schein wichtiger geworden als

das Sein. Anstatt tatsächlich mit der Bevölkerung Oppositionsarbeit zu leisten, tun Oppositionelle zu häufig nur so, als ob sie arbeiten würden.

Während die Oppositionsspitzen durch Europa und die USA reisen und Unterstützung für ihre Politik einwerben, gelingt es der Opposition vor Ort nicht, dauerhafte Beziehungen zur Bevölkerung herzustellen. Parteileitungen akquirieren bei Stiftungen Mittel für neue Kampagnen und beauftragen ihre Unterabteilungen, diese umzusetzen. Damit sind diese Untergliederungen aber in ihrem jetzigen Zustand strukturell überfordert. Die Aktivisten bewegen sich fast nur in den eigenen Kreisen und lassen sich in Seminaren für immer neue Kampagnen mit identischen Inhalten schulen. Flugblätter und Zeitungen stapeln sich in den Parteizentralen, bis sie entsorgt werden, um Platz für neues Material zu schaffen. Viele Kampagnen finden nur noch im Internet oder als Ankündigung der Parteioberen statt, ohne jemals umgesetzt zu werden. Die Opposition degeneriert so zu einer virtuellen Opposition.

Der Grund für dieses Versagen wird allgemein der belarussischen Opposition angelastet, ohne dass die Mitverantwortung der ausländischen Geldgeber gesehen wird. Dabei lassen sich gleich mehrere systemische »Nebenwirkungen« dieser Art der Oppositionsfinanzierung feststellen:

Neben dem negativen Image in der Bevölkerung führen die ausländischen Gelder auch zu einer Verzerrung der »Marktpreise« für politische Tätigkeiten. So erhielten die Sammler/innen von Unterschriften für die Präsidentschaftskandidaten Kozulin und Milinkevitsch je nach Gebiet zwischen 50 Cent und einem US-Dollar pro Unterschrift. Unterschriften zu sammeln, Flugblätter und Zeitungen zu verteilen oder an Seminaren und Schulungen teilzunehmen, sind jedoch typischerweise freiwillige Tätigkeiten politischer Aktivist/innen. Wenn diese bezahlt werden, gefährdet dies zum einen die Nachhaltigkeit des politischen Engagements, wenn die Gelder eines Tages nicht mehr fließen und keine Freiwilligen da sind. Zum anderen entwertet es das politische Engagement in den Augen der Bevölkerung, die natürlich wahrnimmt, ob ihr Freiwillige oder bezahlte Kräfte gegenüberstehen. Wer von bezahlten Kräften für die politische Arbeit geworben wird, mag zwar eher bereit sein sich zu engagieren, aber nur solange er ebenfalls bezahlt wird. Die Größe und Stabilität einer politischen Bewegung wäre dann begrenzt auf das Volumen der bereitstehenden Ressourcen. Vor allem aber beeinträchtigt es auch die Arbeit derjenigen oppositionellen Gruppen, die solche Honorare nicht zahlen können oder wollen.

Aufgrund der fehlenden Erfolge wird es zunehmend wichtiger, das eigene Versagen mit der Härte der Repression zu begründen. Die Berichterstattung über die Opfer in ausländischen Medien wird so zu einer entscheidenden Ressource für die Opposition und die ausländischen Programmleiter/innen. Dadurch werden die existierenden Möglichkeiten der Opposition, sich gegen Machtwillkür zu wehren, systematisch übersehen, auch weil sie nicht in das Bild von der »letzten Diktatur Europas« passen. De facto ist die Opposition jedoch nicht so hilflos. So gelang es den Rechtsschützern des Netzwerks »Unser Haus« vor Gericht, das Recht auf die Verteilung unabhängiger Informationen durchzusetzen, beschlagnahmte Flugblätter wieder zurückzuerhalten, Disziplinarverfahren gegen Polizeibeamte einzuleiten und die Wiedereinstellung entlassener Aktivisten einzuklagen.

(4)

Der systematische Verzicht auf eine tiefgehende Evaluation der politischen Förderprogramme hat nicht nur die Entstehung der virtuellen Pseudoopposition begünstigt. Er führte auch dazu, dass die Stärken und kleinen Erfolge der Opposition nicht wahrgenommen werden. So hat sich das Bild einer Opposition verfestigt, die von Niederlage zu Niederlage schreitet und über zehn Prozent Unterstützung in der Bevölkerung nicht hinauskommt. Obwohl die ausländischen Förderer daran mitverantwortlich sind, wird die Verantwortung allein der belarussischen Opposition angelastet. Daher übernehmen Ausländer zunehmend die strategische Initiative.

Während sich dies vor 2006 vor allem als direkte Beeinflussung der Koalition 10 Plus und der klaren Ansage, dass sich alle oppositionellen Gruppen in dieser Koalition zu vereinigen hätten ausdrückte, ist seitdem der Versuch erkennbar, sich von der Opposition unabhängig zu machen. Mit der Förderung von Radiosendern und Fernsehstationen rund um Belarus hat die EU Instrumente geschaffen, um über die Köpfe der Opposition auf die öffentliche Meinung in Belarus einwirken zu können. Die politische Wirkung des Projektes ist dagegen äußerst gering. (5)

Förderung der Zivilgesellschaft außerhalb der Opposition

Tatsächlich ist es schwer von einer Zivilgesellschaft jenseits der Opposition zu sprechen, da die Politik Lukaschenkos nach einem strikten Freund-Feind-Schema funktioniert und unabhängige Organisationen automatisch in die Oppositionsecke gedrängt werden. Unabhängige NGOs haben es schwer in Belarus. Sie stehen generell unter dem Verdacht der Gegnerschaft mit dem System und werden von den Behörden in hohem Maße drangsaliert, oft sogar kriminalisiert. Während die Anzahl der quasi-staatlichen NGOs wächst, konnten sich jahrelang allenfalls Sportvereine neu registrieren lassen. Dennoch gibt es in den Bereichen Soziales, Umwelt und Bildung immer noch zahlreiche NGOs, die versuchen, sich der politischen Polarisierung zu entziehen und unabhängig zu überleben.

Auch hier gibt es ausländische Förderprogramme, die vom belarussischen Staat in den Jahren nach 2001 jedoch allenfalls toleriert, in vielen Fällen jedoch aktiv behindert wurden, während gleichzeitig versucht wurde die Kontrolle über die Geldflüsse zu erhalten. Beispielhaft musste die amerikanische Organisation Counterpart, die vor allem kleinere soziale Projekte förderte, das Land 2004 verlassen. Ihr Vertrag wurde ebenso wenig verlängert wie das Dialogprojekt der UNO zur Einführung einer Nationalen Strategie der Nachhaltigen Entwicklung und zur Stärkung des Aarhus-Prozesses (Förderung des Dialogs zwischen Umweltgruppen und staatlichen Stellen). Das TACIS-Programm der EU zur Förderung der Zivilgesellschaft wurde zwar 2004 von der Regierung im zweiten Anlauf unterzeichnet, bei der Umsetzung verweigerten die Ministerien und untergeordneten Institutionen jedoch allen Projekten unabhängiger Organisationen die Zustimmung, so dass kaum ein Projekt durchgeführt wurde. Die EU entschied sich daher auf das Programm »Decentralised Cooperation« auszuweichen, und alle Geldmittel nur noch über intermediäre Partnerorganisationen ins Land fließen zu lassen; einen Weg den bereits vorher die Förderprogramme für die belarussische Zivilgesellschaft der Schwedischen Entwicklungsagentur und der deutschen Bundesregierung gegangen waren.

Das deutsche Förderprogramm Belarus wurde 2002 nach einem längeren Lobbyprozess durch deutsche Belarusorganisationen, vor allem aus dem Bereich der Tschernobylhilfe eingeführt. (6) Hauptbestandteil des Programms ist die Förderung eher kleinerer Partnerschaftsprojekte deutsch-belarussischer Initiativen in den »unpolitischen« Bereichen Soziales, Umwelt, Bildung und Wirtschaft. Das ganze Programm ist darauf ausgelegt eher unauffällig zu agieren: Anstelle zwischenstaatlicher Abkommen stehen informelle Absprachen, anstelle einer zentralen Leitung durch die Gesellschaft für technische Zusammenarbeit erfolgt die Projektumsetzung durch viele kleine Initiativen, die oftmals schon jahrelang humanitäre Hilfe geleistet und somit (wie ihre belarussischen Partner) auch gelernt haben bürokratische Hindernisse zu überwinden. Lag der geografische Schwerpunkt der ersten Förderung noch auf Minsk und den traditionellen Einsatzorten der Tschernobylhilfe, so gibt es heute Partnerinitiativen in allen Bezirken von Belarus. (7)

Zusätzlich zur direkten Projektförderung wurde ab 2003 ein Begleitprogramm aufgelegt, um einerseits die Initiativen innerhalb der inhaltlichen Sektoren miteinander zu vernetzen und gemeinsame Strategien und Forderungen zur Weiterentwicklung ihres Sektors zu entwickeln und um andererseits regionale Dialogprozesse zwischen Initiativen und lokalen staatlichen Stellen zu ermöglichen. Ausdrückliches Ziel des Begleitprogramms und ab 2005 auch der Projektförderung war somit die Förderung der Zusammenarbeit und Vernetzung der NGOs nicht nur untereinander, sondern auch zu den fachlichen und örtlichen staatlichen Stellen. Verbunden damit war die Hoffnung, dass sich durch die Kontaktpflege zu staatlichen Einrichtungen Vorurteile gegenüber NGOs aufheben und individuelle Schutzschirme gegen die staatliche Repression aufspannen ließen. Besonders erfolgreich war diese Strategie im sozialen Bereich, etwa bei der Behindertenhilfe, in der staatliche und nicht-staatliche Experten ungezwungen miteinander umgehen können.

Gleichzeitig bleibt jedoch der von der Regierung Lukaschenko aufgelegte Graben zwischen staatlichen und unabhängigen Organisationen auch im Rahmen des Förderprogramms bestehen. So waren die Projekte der letzten Förderphase angehalten, sich individuell um eine Registrierung ihrer Projekte zu bemühen. Dem Großteil der Initiativen gelang es jedoch trotz informeller Absprachen auf der Leitungsebene des Förderprogramms und offizieller Empfehlungen belarussischer Ministerien nicht, ihre Projekte offiziell genehmigen zu lassen. Positiv hervorzuheben ist, dass bisher noch kein offizieller Projektpartner während der Projektlaufzeit geschlossen wurde, dennoch lastet der Druck der Staatsorgane auch auf den »unpolitischen« Initiativen.

Noch stärker jedoch ist der Druck auf die mit den NGOs kooperierenden staatlichen untergeordneten Stellen. So konnte der BSV in den letzten Förderphasen noch mit den staatlichen Lehrerweiterbildungsinstituten der Stadt und des Bezirks Minsk bei der Entwicklung von Curricula für interkulturelle Bildung bzw. Bildung gegen Gewalt zusammenarbeiten. In der aktuellen Antragsphase wurde jedoch allen potenziellen staatlichen Partnern eine Mitarbeit von oben verboten.

Tauwetter in Minsk?

Gleichzeitig wurde auf zwischenstaatlicher Ebene ein Tauwetter eingeleitet. Nach der Entlassung einiger politischer Gefangener durch Lukaschenko im Frühjahr und Sommer 2008 hat die EU ihrerseits die nach der brutalen

Niederschlagung der Proteste gegen die Wahlfälschung von 2006 verhängten Einreiseverbote gegen etwa 30 führende Beamte und ihrer Familien vorübergehend aufgehoben. Mit der Aufnahme von Belarus in die Östliche Partnerschaft der EU im Mai 2009 hat die EU ihre seit 1997 geltende Strategie der Isolierung Belarus auch offiziell aufgegeben. Eine neue Strategie ist jedoch noch nicht in Sicht. In einem Strategiepapier der »Belarus Task Force des International Centre for Democratic Transition« vom Oktober 2008 (8) empfehlen die Autor/innen – die vormals noch mehrheitlich die Strategie des Regimewechsels unterstützten – zur Demokratisierung von Belarus einen Verhandlungsprozess mit der Lukaschenko Administration aufzunehmen. Doch fehlt es der EU zurzeit an den außenpolitischen Kapazitäten, um solche Verhandlungen tatsächlich zu gestalten. Gleichzeitig setzen die USA ihre alte Politik und auch Förderpolitik fort, allerdings als »business as usual« ohne besondere Initiative.

Während die Regierung Lukaschenko also gegenüber der EU ihren Demokratisierungswillen betont und gleichzeitig die Behinderung der Zivilgesellschaft unauffällig fortsetzt, herrscht auf Seiten der ausländischen Demokratieförderer Ratlosigkeit bis Desinteresse.

Erfolgreiche Förderlinien wie das Förderprogramm Belarus werden sicherlich fortgesetzt und müssten angesichts der derzeit vorherrschenden Langzeitperspektive der Demokratieförderung eher noch verstärkt werden. Nach dem Ende der ideologisch aufgeladenen Demokratisierungswelle wäre es nun möglich die Zivilgesellschaft in Belarus gezielter zu fördern und besser vor der Verfolgung durch das Regime Lukaschenkos zu schützen. Wünschenswert wäre es vor allem, die bisherige Förderung einer intensiven Evaluation zu unterziehen und darauf basierend neue Strategien zu entwickeln. Bislang gibt es jedoch noch keine Anzeichen dafür, dass die Geldgeber bereit wären, sich auch den eigenen Fehlern und indirekten Folgen ihrer Förderpolitik stellen und aufhören, alle Schuld der belarussischen Opposition zuzuschieben. Viel wahrscheinlicher ist es leider, dass die Förderung der Zivilgesellschaft auf ein Alibi reduziert und stattdessen die Integration von Belarus in die Europäischen Wirtschaftsmärkte wieder in den Mittelpunkt gerückt wird.

Angesichts dieser Perspektiven sollten sich die belarussischen Partner beim Aufbau ihrer Zivilgesellschaft und Demokratie nicht all zu sehr auf die Hilfe aus dem Westen verlassen.

Anmerkungen

(1) Für die Darstellung der Pseudo-Opposition zitiere ich Auszüge aus Björn Kunter: »Belarus: Do No Harm – Forderungen an externe Demokratieförderung«, in Osteuropa, 2007/1, S. 35-48 (<http://www.soziale-verteidigung.de/index.php/International-gewaltfrei-ingreifen/Forderungen-an-externe-Demokratieforderung.html>), in dem ich ausführlicher auf die fatalen Nebenwirkungen der ausländischen Demokratieförderung in Belarus eingehe.

(2) 2002 wurde die Leitung der Föderation der Gewerkschaften ausgetauscht. Der unabhängige Verband belarussischer Studenten musste mit dem staatlichen Belarussischen Republikanischen Jugendverband fusionieren.

2005 führte der Versuch, den Verband der Polen in Belarus zu übernehmen, zu einer Spaltung dieser Organisation. Auch die oppositionelle Belarussische Partei der Kommunisten wurde Opfer eines Übernahmeversuchs, als der Staat einen Vereinigungsparteitag mit der staatstragenden Kommunistischen Partei von Belarus inszenierte. Vgl. Astrid Sahn: Verstaatlichung der Gewerkschaften? In Belarus-News, 18/2002, S. 7. – Astrid Sahn: Neuer Gewerkschaftschef im Amt bestätigt, in: Belarus-News, 19/2002, S. 8. – Marjana Dunzewa: Der Jugendverband im Dienst der Exekutive, ebd. S. 9–11. Alexej Kriwolap: Konflikte um die polnische Minderheit, in Belarus-News, 29/2005, S. 4–5. – Martin Schön: Oppositionelle Kommunisten vor dem Aus, in: Belarus-Perspektiven, 34/2006, S. 9.

(3) Im Entwurf des Belarus Democracy Act von 2003 waren bis zu 40 Millionen US-Dollar für zwei Haushaltsjahre vorgesehen. Bei der Verabschiedung im Oktober 2004 wurde keine Summe festgelegt; (<http://www.house.gov/chris-smith/laws/HR854.htm>). Im Entwurf für den Belarus Democracy Reauthorization Act waren für die Haushaltsjahre 2007/08 40 Millionen Dollar für die Förderung der Opposition in Belarus und 15 Millionen Dollar für Radio- und Fernsehausstrahlungen nach Belarus vorgesehen. Belapan, 19.9. 2006; (<http://belapan.by/en/news/50008.html>).

(4) In diesem vom Bund für Soziale Verteidigung unterstützten Projekt konnten seit 2005 etwa 40% von über 200 Prozessen gewonnen werden.

(5) Olga Karatsch führt an, dass in der Sowjetunion unabhängige Nachrichten eine Kostbarkeit waren, für die sich die Menschen abends vor ihre Kurzwellenempfänger setzten, um Radio Svoboda zu hören. Heute interessieren sich gerade mal 0,3 Prozent der belarussischen Wähler für Radio Svoboda. Der polnische Sender Radio Razzia stellte vor einigen Jahren sein Programm aus mangelndem Interesse der Hörer sogar ganz ein. Die belarussische Bevölkerung hat über Internet durchaus Zugang zu unabhängigen Informationen, nutzt diese aber kaum. Das ganze Projekt gehe am Bedarf der Belarussen vorbei und sei nicht mehr als ein großes Grab für Fördergelder, die aus politischem Aktionismus verschwendet würden. Vgl.: Olga Karatsch: Es fehlen nicht die Sender, nur die Hörer, in: Belarus-News, 30/2005, S. 3.

(6) Interessanterweise besteht auch hier ein allerdings zufälliger Zusammenhang mit dem 11. September. So wurde die Pilotphase des Programms aus Restmitteln des Antiterrorfonds der Bundesregierung finanziert.

(7) Über 70% des Fallouts des Atomkraftunfalls von Tschernobyl ging auf Belarus nieder, wobei die Strahlung sehr unregelmäßig verteilt wurde. Besonders betroffen sind die Bezirke Gomel und Mogilew, sowie einige über das Land verteilte »Hotspots« auf denen der radioaktive Regen niedergegangen war.

(8) http://www.icdt.hu/admin/download/a220ICDT_belarustaskforce.pdf

Autor

Björn Kunter ist Geschäftsführer des Bund für Soziale Verteidigung e.V. in Minden. Von 1996-2005 war er Belarus-Referent des Internationalen Bildungs- und Begegnungswerk (IBB) gGmbH Dortmund, von 2003-2005 Koordinator des »Förderprogramms Belarus« der Bundesregierung.

Adresse

Bund für Soziale Verteidigung e.V.
Schwarzer Weg 8
32423 Minden
Tel.: +49 - 571 - 29456
Fax: +49 - 571 - 23019
E-Mail: kunter@soziale-verteidigung.de

Redaktion Newsletter

Stiftung MITARBEIT
Wegweiser Bürgergesellschaft
Redaktion Newsletter
Bornheimer Str. 37
53111 Bonn
E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de